

Weihnachtsgruß-Aktion: »Erhebt die Stimme für Osttimor«

Erinnern Sie sich noch? Vor einem Jahr erhielten der katholische Bischof Carlos Ximenes Belo und sein Landsmann José Ramos-Horta den Friedensnobelpreis für ihr Bemühen um eine friedliche Lösung des Osttimor Konfliktes. Die ehemalige portugiesische Provinz wird seit dem 7. Dezember 1975 von der indonesischen Regierung völkerrechtswidrig besetzt. Seitdem ist dort ein Völkermord im Gange, dem bereits mehr als 200.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises stand Osttimor für kurze Zeit im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Die Auszeichnung gab den Menschen der Insel neue Hoffnung und neues Selbstbewußtsein. Doch die Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes hat sich bislang nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Situation in Osttimor hat sich, so Bischof Belo, sogar noch verschlechtert. Er wirft dem Militär vor, mit unkalulierbarer Brutalität vorzugehen. Nach einem Jahr zeigt sich: Ein Nobelpreis macht noch keinen Frieden.

Um die Friedensnobelpreisträger und die Menschen in Osttimor in ihrem Bestreben nach Gerechtigkeit und Freiheit zu unterstützen, haben die Gruppen der Indonesien-AG* (BUKO- Kampagne Stoppt den Rüstungsexport; IMBAS, Kampagne Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen, Ökumenische Arbeitsstelle für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im Kirchenkreis Stormarn und Watch Indonesia!) zusammen mit dem Internationalen Katholischen Missionswerk missio und der Missionszentrale der Franziskaner zum 7. Dezember 1997 zu der solidarischen Weihnachtsaktion »Erhebt die Stimme für Osttimor« aufgerufen. Sie haben die christlichen Gemeinden eingeladen, Weihnachtskarten an Bischof Belo, stellvertretend für die Menschen in Osttimor, zu schreiben und sich gegen deutsche Rüstungsexporte nach Indonesien auszusprechen. Mit Hilfe einer Vielzahl engagier-

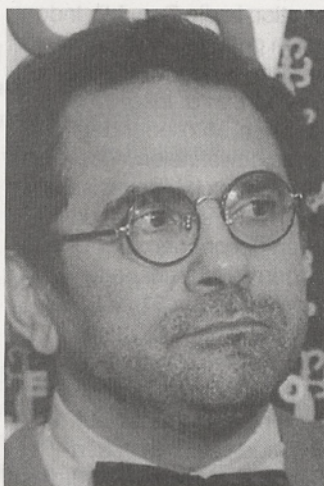
ter Menschen in der katholischen und evangelischen Kirche ist es gelungen, das Kampagnenmaterial, bestehend aus einem Infofaktblatt, Weihnachtspostkarte und Gebetshilfe in die Gemeinden zu tragen.

Insgesamt haben über 7.000 Menschen in Weihnachtsgrüßen an den osttimoresischen Friedensnobelpreisträger Bischof Belo ihre Mißbilligung deutscher Waffenlieferung nach Indonesien zum Ausdruck gebracht. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch zahlreiche katholische und evangelische Kirchengemeinden und Pfarrämter, ökumenische Initiativen und Friedenskreise, Pax Christi, Ordensgemeinschaften, Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen haben sich an der Aktion beteiligt. Sogar aus Südafrika, den Philippinen, Irland und anderen europäischen Nachbarländern kamen Weihnachtsgrüße. Auf den Postkarten an Bischof Belo heißt es:

»... mit Ihnen und allen Menschen in Osttimor hoffe und bete ich darum, daß der Wunsch nach Selbstbestimmung und einer friedlichen und gerechten Lösung des Konfliktes mit Indonesien bald in Erfüllung geht. Unsere Verbundenheit im Glauben möge Ihnen allen Kraft und Mut schenken. Ich mißbillige die deutschen Waffenlieferungen nach Indonesien und fordere die Bundesregierung auf, keine Rüstungsexporte mehr dorthin zu genehmigen und die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen zur Lösung des Osttimor-Konfliktes stärker als bisher zu unterstützen. Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedlicheres neues Jahr.«

Bei einem Treffen mit Bischof Belo Ende letzten Jahres sagte Bundeskanzler Helmut Kohl zu, sich für eine friedliche und gerechte Lösung in Osttimor einzusetzen. Früchte dieser Bemühungen sind aber bisher leider noch nicht zu erkennen. So billigt die Bundesregierung weiterhin Waffenlieferungen an Indonesien und trägt hiermit zur Unterstützung der

indonesischen Regierungspolitik bei. Alle Aufforderungen auch der Friedensnobelpreisträger, die Rüstungsgeschäfte mit der Suharto-Regierung vorerst einzustellen, wurden bislang übergangen. In London sagte Bischof Belo vor einigen Monaten:



Erinnern Sie sich noch ...? Nobelpreisträger Ramos Horta und Belo.

»Als Bischof von Osttimor, dessen Bevölkerung schrecklich unter den Einwirkungen von Waffen leidet, die in fernen Ländern gefertigt werden, appelliere ich an Großbritannien und all seine Verbündeten, deren Fabriken eine Vielzahl an Waffen herstellen, die zum Einsatz auf dem Land, zur See und in der Luft verkauft werden, sich der furchtbaren Konsequenzen dieser sogenannten Verteidigungsindustrie bewußt zu sein. Ich bitte Sie inständig, schränken Sie die Bedingungen ein, unter denen der Handel mit solchen Waffen erlaubt ist.«

Die Menschen in Osttimor brauchen mehr als Glückwünsche zum Friedensnobelpreis: Sie brauchen politisches Engagement, das die indonesische Regierung zu einer friedlichen Lösung des blutigen Konfliktes drängt. Bundeskanzler Helmut Kohl wurde in einem offenen Brief aufgefordert, keine Rüstungsexporte mehr nach Indonesien zu genehmigen und den Friedensprozeß stärker als bisher zu unterstützen.

Osttimor ist ein isoliertes Gebiet, nur wenige Besucher verirren sich dorthin. Das Wissen, daß so viele Menschen in

nachrichten



aus: Ludwig (Hrsg.), Osttimor, Rowohlt 1996 (Titelfoto)

einem weit entfernten Land wie Deutschland an sie denken und um ihre Situation wissen, ist daher von außerordentlicher Bedeutung. Als Bischof Belo von dem Ergebnis der Aktion erfuhr, schrieb er:

»Mit diesem Brief möchte ich die Gelegenheit ergreifen, auf besonderem Wege all den Wohltäterinnen und Wohltätern in Deutschland zu danken, die ihr besonderes Interesse und ihre Solidarität mit dem Volk von Osttimor gezeigt haben...«

vgl. Bericht Monika Schlicher, Watch Indonesia!

EU-Troika nach Osttimor

Der britische Außenminister Robin Cook hat seinen portugiesischen Kollegen Jaime Gama darüber informiert, daß noch bis Ende März 1998 eine EU-Troika nach Osttimor reisen soll. London übernahm die EU-Präsidentschaft für das erste Halbjahr 1998. Aufgabe der Mission sei es, Informationen über die politische Situation und die Verletzung von Menschenrechten zu sammeln.

vgl.: LUSA, 11.11.1997

nachrichten

Im Zusammenhang mit dem Überfall eines Guerillakommandos auf einen indonesischen Militärtransporter hat zum ersten Mal in der langen und leidvollen Geschichte des Osttimor-Konfliktes ein indonesisches Gericht die Todesstrafe verhängt. Luís Maria da Silva (57) und Francisco da Costa (36) wurden am 11. Dezember 97 vom Bezirksgericht Baucau zum Tode verurteilt, nachdem das Gericht sie des Mordes, separatistischer Aktivitäten und des unerlaubten Besitzes von Waffen für schuldig befunden hat. Da die Familie der Angehörigen sich nicht getraut, eigene Anwälte zu engagieren, wurden sie von Anwälten verteidigt, die das Gericht benannt hat. Diese und andere Gepflogenheiten der indonesischen Gerichtsbarkeit lassen befürchten, daß der Prozeß internationalen Standards einer fairen Gerichtsverhandlung nicht standhält.

Weitere 53 Osttimoresen stehen noch vor Gericht wegen

Osttimoresen zum Tode verurteilt

der angeblichen Beteiligung an dem Überfall und weiterer Vorfälle und Unruhen, die während der Wahlen in Indonesien, im Mai 1997 stattfanden. Die Spannungen im besetzten Osttimor waren zu dieser Zeit besonders hoch, da die Wahlen als Symbol der Integration in die Republik Indonesien gesehen werden, was von den meisten Osttimoresen abgelehnt wird. Insgesamt 42 Personen, Mitglieder der Falintil, des bewaffneten Widerstandes, und auch indonesische Militärkräfte sind dabei ums Leben gekommen. Der Überfall auf den Militärtransporter ereignete sich am 31. Mai. auf der Straße nach Quelicai, Baucau. Der Transporter wurde mit einer Granate beschossen und ging in Flammen auf. 14 Menschen starben in den Flammen, weitere vier wurden erschossen, als sie zu fliehen versuchten. Bei den seither verstärkten Militäroperationen sind über 100 Menschen festgenommen worden, viele von ihnen willkürlich. Der militärische Schlag der Guerilla hat eine Welle der Gewalt ausgelöst.

vgl. ai, Urgent Action 391/97, 12. 12. 1997; East Timor Human Rights Centre, Urgent Action 17/97, 23. 12. 1997

Fortschritte bei UN-Gesprächen

Der UN-Sonderbeauftragte für Osttimor, Jamsheed Marker, sagte gegenüber AFP in Lissabon, daß man bedeutende Fortschritte in den UN-Gesprächen über die Zukunft von Osttimor erzielt habe, ohne jedoch auf Einzelheiten einzugehen. Portugal und Indonesien führen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen Gespräche zur Lösung des Konfliktes. Nach einem Treffen mit dem portugiesischen Außenminister Jaime Gama sagte Marker, er sei optimistisch, daß die Gespräche Früchte tragen werden. Insbesondere hob er die Bemühungen der portugiesischen Re-

gierung hervor, eine international akzeptable Lösung zu finden. Marker traf sich des weiteren mit dem Vertreter des osttimoresischen Widerstandes in Lissabon, Roque Rodriguez. Dieser zeigte sich zwar zufrieden mit der Entwicklung, betonte jedoch, daß man sich noch immer im Anfangsstadium befinde. »Es gibt keinen Grund euphorisch zu werden. Es ist möglich, daß eine Lösung auf diesem Weg gefunden wird, aber auch nicht jede Lösung kann den Osttimoresen auferlegt werden.

vgl. South China Morning Post Internet Edition, AFP, 21. 1. 1998

Neuer Menschenrechts-Bericht

Die Kommission Justitia et Pax und die Gesellschaft für Menschenrechte sind sehr besorgt über die anhaltende Gewalt und Verletzung der Menschenrechte in Osttimor. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 11. Dezember 1997 legten die Organisationen ihren ersten Bericht vor. In den letzten elf Monaten sind ihnen insgesamt 339 Fälle von Menschenrechtsverletzungen gemeldet worden, die tatsächliche Zahl dürfte um ein vielfaches höher liegen. Besonderes Augenmerk legten die Vertreter der Organisationen auf Inhaftierungen aus politischen Gründen und auf unfaire Gerichtsverhandlungen: Menschen werden willkürlich in Gewahrsam genommen und Gewalt begleitet die Verhöre. Die Verdächtigen werden schwer gefoltert, noch bevor sie offiziell als verhaftet gelten.

vgl.: Mate BEAN, 12. 12. 1997

Ramos Horta ruft zum Waffenstillstand auf

Der Friedensnobelpreisträger José Ramos Horta hat in seiner Neujahrsvorlesung beide Parteien, sowohl die osttimoresischen Guerillakämpfer wie auch das indonesische Militär zum Waffenstillstand aufgerufen. »Gewalt erzeugt Gegengewalt«. Er knüpft den Waffenstillstand an eine Geste der indonesischen Besatzer: »Damit der Widerstand die Waffen niederlegen kann, muß es eine Geste des guten Willens von Indonesien geben, etwa die Freilassung von Gefangenen oder eine Truppenreduzierung in Osttimor.« Er gab zu Bedenken, daß ein einseitiger Waffenstillstand möglicherweise zur Festnahme und Tötung der Widerstandskämpfer durch die indonesische Armee führe, solange es keinen internationalen Schutz für sie und ihre Familien gibt.

vgl. kdP: José Ramos Horta's New Year Message, 30. 12. 1997; taz, 5. 1. 1998

BUCHVORSTELLUNG

Neuer Osttimor-Report der GfbV

Gesellschaft für bedrohte Völker/Ulrich Delius (Hrsg.): *Menschenrechte für Osttimor: Anspruch und Wirklichkeit europäischer Politik* Menschenrechtsreport Nr. 17, Dezember 1997

Rechtzeitig zum Jahrestag der indonesischen Invasion in Osttimor, dem 7. Dezember 1997 legt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Bericht »Menschenrechte für Osttimor« vor. Der 16 Seiten starke Bericht faßt die Entwicklung in Osttimor seit der Verleihung des Friedensnobelpreises zusammen. Es werden internationale Initiativen beleuchtet und dann das Augenmerk auf Europas zwiespältiges Engagement für Osttimor gerichtet.

In dem Bericht heißt es: »Statt nur Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, sollten endlich Konsequenzen aus den zahllosen Berichten gezogen werden. Noch immer besteht eine große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Engagements der Europäischen Union (EU) für Osttimor. Die EU ist nicht bereit, ihre vielfältigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen zu Indonesien zu nutzen, um eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Ungeachtet der Appelle der Nobelpreisträger, die Rüstungsexporte nach Indonesien einzustellen, setzen Deutschland, Frankreich und Großbritannien ihre Waffenlieferungen fort. Angesichts mangelnder Übereinstimmung zwischen der Politik der EU und der nationalen Regierungen führender europäischer Staaten ist das Engagement europäischer Politik für Menschenrechte in Osttimor unglaubwürdig.«

Der Bericht ist zum Preis von DM 10.- zuzüglich Versandkosten bei der GfbV erhältlich. (Postfach 20 24, 37010 Göttingen)